

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

106.

Mittwoch den 8. Mai 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Ministerium des Zentralverbandes.

Im Kanalkampf hat die Regierung vor Ostelbien auf Gnade und Ungnade kapituliert. Wird sie die Beseitigung der Kanalfrage wenigstens zu einer irgendwie entschiedenen Haltung gegen die tolleren Forderungen der Junker muthigen?

Die Art der „neuen Männer“, welche die drei ministeriellen Kanalleichen ablösen sollen, giebt hinreichenden Aufschluß über diese Frage, die jetzt den Vordergrund der vereinfachten politischen Situation erfüllt.

Als politisch bedeutend erscheint, so schreibt der „Lübecker Volksbote“, allein die Ernennung des nationalliberalen Abgeordneten M. v. Bredow zum Reichsminister an der Spitze des Reichsministeriums des Zentralverbandes. Seit Jahrzehnten zum erstenmale in Preußen wird ein Fabrikbesitzer zu einem hohen Staatsamt erhoben. Die ungewohnte Vernachlässigung der Beamtenhierarchie, die in den Kreisen der Großindustrie nicht geringe Freude erregt, ist um so auffälliger, als Herr M. v. Bredow nicht als Typus des „vornehmen Kaufmanns“ gilt. Er ist an allerlei Geschäften und Gründungen betheilig und sitzt in ertragsreichen Aufsichtsratsstellen.

So erfüllt sich nun wundervoll das Sehnen des Nationalliberalismus. Was einem Besseren, der doch eine große politische Bewegung in sich verkörperte, nicht zu Theil wurde, das fällt dem Fabrikanten zu, der im Parlament immer nur als einer unter vielen galt.

Angesichts solchen Ministerwechsels spricht die „Lübecker Zeitung“ von „neuer Lage“ und verbleibt in der aus allen Enttäuschungen nur immer gekräftigter hervorbrechenden Glaubensfreudigkeit, daß die Konservativen nicht Anlaß zur Befriedigung haben, daß das politische Wetter eher die Liberalen begünstige. Die „Deutsche Tageszeitung“ bietet das Widerspiel solcher Hoffnungen, indem sie an einen Systemwechsel nicht glauben will, aber einigermassen kleinlaut jetzt die Lösung ausgiebt: *Abwarten!*

Uns vervollständigt die Verufung des Herrn Möller das unverändert bleibende Bild einer bis zum äußersten reaktionären Regierung.

In einigen Nebenfragen, etwa in der Börse-Gesetzgebung, mag Handelsminister Möller einige liberale Umwandlungen in sich spüren, aber im Allgemeinen, wirtschaftspolitisch sowie sozialpolitisch dürfte selbst der konservative Beamte Bredow sich als weniger rückständig erweisen, als der nationalliberale Fabrikherr Möller.

Herr Möller war bis zur Stunde neben Herrn Bredow ausschlaggebend im Zentralverband deutscher Industrieller, der Vereinigung für Sammelpolitik und brutale Arbeitervergewaltigung. Vor einigen Jahren mußte der Generalsekretär des Zentralverbandes zum damaligen neuen Handelsminister Bredow gehen, um ihm sozialpolitische Rathschläge anzutragen. Jetzt bezieht der Zentralverband Wohnung im Handelsministerium selbst. Jetzt bedarf es keiner Enthüllungen mehr, um den intimen Verkehr zwischen Regierung und Kapitalistenklasse zu erweisen. Jetzt wird in Herrn Möller die Personalunion zwischen Staat und industriellem Ausbeuterthum vollzogen.

In der Zollpolitik wird Minister Möller auch die winzigsten liberalen Hoffnungen enttäuschen. Man müßte denn als Erfolg ansehen, wenn nicht alle Unsinnsigkeiten der Männer vom Bund der Landwirthe williges Gehör finden. Der lauteste Lärm des äußersten Bändelthums kann darüber nicht täuschen, daß die agrarische Gesellschaft nicht in diesen Exzessen, sondern in dem „staatsmännischen“ Sammel-Bündnis der konservativen Parteien mit dem Centrum und den Nationalliberalen droht.

Diese Sammlung aller brotucherischen Elemente war aber stets die Politik des nationalliberalen Zentralverbändlers und jetzigen Handelsministers Möller. Wohl ist Herr Möller den extremen Agrariern ein wenig verdächtig als Mitglied des Zollbeiraths bei Abschluß des russischen Handelsvertrags. Wohl hat er wiederholt den Schreier nach einem 7 1/2 und 8 Mark-Zoll zugerufen: Sie werden sich erheblich mäßigen müssen in Ihren Ansprüchen. Aber wenn Herr Möller 1894 an der Herabsetzung des Kornzolls von 5 Mark auf 3 1/2 Mark mitwirkte, so ist es nur ein nationalliberaler Befähigungsnachweis, daß er jetzt nicht nur eine Erhöhung des Kornzolls, sondern selbst den von den Agrariern ersehnten Doppeltarif und Mindestzoll auf landwirthschaftliche Produkte befürwortet.

Wohl erklärte Herr Möller bei der handelspolitischen Diskussion am 13. Dezember 1900 im Reichstage, von der Aufrechterhaltung des Exports hänge die gesammte Wohlthat Deutschlands ab; wohl rief er zur „Mäßigung“ und er hielt es für eine unendlich schwierige Aufgabe, die „richtige

Mittellinie“ zu finden. Doch welcherlei „Berständigung“ es ist, die Handelsminister Möller anstreben wird, das zeigt die Thatfache, daß sogleich nach seiner soeben zitierten Reichstagsrede Graf v. K. v. Ström, der konservative Parteiführer, sich zu der Erklärung erhob, daß „man in der Hauptsache mit dem, was Herr Möller angeführt hat, einverstanden sein“ können.

Weiter giebt der Bericht über eine Rede, die Herr Möller am 20. April 1901 vor seinen Wählern hielt, die handelspolitische Stellung des nunmehrigen Ministers also wieder:

Bezüglich der Frage der Einführung eines Doppeltarifs (Maximal- und Minimaltarifs), wie er von gewisser Seite verlangt werde, erklärte Herr Möller die Vor- und Nachteile desselben, welche letztere nach seiner Ansicht überwiegen, da dieser Tarif sozusagen die Karten der Regierung aufdecke und diese in ihrer Bewegungsfreiheit hemme. Einen Doppeltarif, wie ihn die Agrarier fordern, halte er deshalb für unzumuthbar. In gewisser Hinsicht sei er aber auch für Festlegung eines Minimaltarifs für bestimmte Objekte, zum Beispiel Brotgetreide, Vieh und Fleisch, nicht weil er dieses System für das richtige halte, sondern weil er das Zustandekommen eines Tarifs für ausgeschlossen erachte, wenn den Agrariern nicht eine gewisse Gewähr geleistet werde. An langfristigen Handelsverträgen sei unbedingt festzuhalten, dies sei für uns geradezu eine Lebensfrage.

So denkt Herr Möller bereits als nationalliberaler Parteimann und Vertreter industrieller Interessen. Wie wird er als Handelsminister des agrarisch beherrschten Preußens denken lernen?

Sollte aber, was wir nicht glauben, Herr Möller als Minister mehr an einer Milderung der agrarischen Zollansprüche als an ihrer Stärkung arbeiten, so würde ein geringer Erfolg auf diesem Gebiete zehnfach wettgemacht werden durch seine Sozialpolitik, die alles Soziale verleugnet und die eifrigste Förderung kapitalistischer Interessen bedeutet wird.

Am 19. Januar 1899 bedauerte Herr Möller im Reichstage die Abschwächung des § 153 der Gewerbe-Ordnung gegenüber der Regierungsvorlage und erklärte:

„Ich habe der Regierung bereits (bei Abschluß der Gewerbe-Novelle) die Verantwortung dafür zugeschoben, daß sie diesen (verschärften) § 153, den die Regierung gewissermaßen als Kompensation für die ganz erhebliche Belastung, die die Gewerbe-Ordnung-Novelle damals brachte, in den Gesetzentwurf eingefügt hatte, hat fallen lassen, die Belastung für die Industrie aber hat bestehen lassen.“

Weiter forderte Herr Möller die Gerichte auf, den § 153, wie er nun einmal bestünde, wenigstens mehr auszunutzen, und seine Rede gipfelte in der Erklärung, daß „weiter gegen den Terrorismus eingeschritten werden müsse.“

Am 26. Januar 1899 machte sich Herr Möller zum Vertreter der Angriffe der Bäckermeister gegen den vom Bundesrath verordneten überaus milden Bäcker-Arbeiterschutz:

„Er hat den Erlaß dieser Bäcker-Verordnung für übereilt gehalten. Nun bin ich der Ansicht, daß die Arbeiter den Schutz, den sie durch die Verordnung bekommen haben, im wesentlichen nicht wieder verlieren können.“

Man wird auf der einen Seite anerkennen müssen, daß man die Begünstigungen der Arbeiter nicht wesentlich vermindern kann, und auf der andern Seite wird man doch die Uebelstände beseitigen müssen, die die mittleren Bäckermeister auf die Dauer vernichten könnten, wolle man die Verordnung pure durchführen. Da bleibt gar nichts anderes übrig, als daß die Arbeiterstatistik-Kommission als nächste Arbeit aufgelegt erhält — das ist wichtiger, als irgend etwas Neues zu erfinden — eine noch malige genaue Untersuchung der Konsequenzen dieser Verordnung anzustellen, aus denen die nöthigen Schlussfolgerungen gezogen werden können, wie man Abhilfe schaffen kann. Ich glaube allerdings, die Abhilfe wird nur darin liegen können, daß man eine Minimalarbeitszeit an Stelle der Maximalarbeitszeit setzt, in welcher Höhe, das muß sich aus den Verhandlungen ergeben.“

Es wäre ein verhängnisvoller Selbstbetrug, wenn jemand die Abwechselungen in den Ministerämtern zum Anlaß irgendwelcher Hoffnungen auf einen auch nur winzig gemilderten Reaktionskurs nehmen sollte. Die deutsche Arbeiterklasse ist frei von solchen Täuschungen und weiß, daß nur durch ihre eigne Aktion eine heilsamere Richtung der deutschen und preussischen Politik erzeugt werden kann.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 8. Mai 1901.

Der Reichstag, begreiflicherweise äußerst schwach besetzt, erledigte in seiner heutigen Sitzung die zweite Beratung des Weingesetzes. Das Gesetz betrifft im Wesentlichen die Einkontrollen; die ursprüngliche Regierungsvorlage ist in der Kommission ganz wesentlich umgeändert worden, und diese Kommissionsfassung wurde heute zum Ver-

schluß des Hauses erhoben. Die Debatte bewegte sich zum meißt um Spezialfragen ohne allgemeines Interesse. Der lustige nationalliberale Pfälzer Deinhardt hielt eine Rede, die sehr urlig gewesen sein mag; nur verstand man leider auf den Tribünen nichts von ihr. Genosse Wurm machte darauf aufmerksam, daß eine Nachkontrolle sehr dringend sei, weil sonst die am Tage verhinderten Weinpantfcherien unter dem Schutz der Dunkelheit verübt werden, und beklagte den Mangel an sachmännlich gebildeten Sachverständigen für die Lebensmittelkontrolle.

Auf der morgigen Tagesordnung stehen drei Interpellationen; eine welfische über die Gefangennahme Deutscher in Südafrika, eine agrarische über Militärpferde und eine von unserer Fraktion gestellte über das Fabrikunglück in Griesheim.

Auf eine Anfrage des Abg. Schmidt-Eberfeld stellte Präsident Ballestrin die event. Berathung des Diäten-Antrages in Aussicht.

89. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf von Posadowsky. Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Gesetzesentwurfs betreffend den Verkehr mit Wein, weinähnlichen Getränken.

Berichterstatter der Kommission Abg. Baumann (N.) § 1 wird debattelos angenommen. Er giebt folgende Definition des Weines: Wein ist das durch alkoholische Gährung aus dem Saft der Weintraube hergestellte Getränk.

§ 2 bestimmt, daß als Verfälschung oder Nachahmung des Weines im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes nicht anzusehen ist 1) die anerkannte Kellerbehandlung des Weines, 2) die Vermischung (Verschnitt) von Wein mit Wein, 3) die Entsäuerung von reinem, gefälltem, kohlenstoffreichem Saft, 4) der Zusatz von reinem Zucker auch in wässriger Lösung, sofern ein solcher Zusatz nur erfolgt, um den Wein zu verbessern, ohne seine Menge erheblich zu vermehren; auch darf der gezeuerte Wein seiner Beschaffenheit und seiner Zusammenjagung nach nicht unter den Durchschnitt der ungezeuerten Weine des Weinbaugesbietes, dem der Wein nach seiner Benennung entsprechen soll, herabgesetzt werden.

Nach längerer Debatte wird § 2 unter Ablehnung eines Antrages Schmidt-Eberfeld (Fp.), welcher das Wort „Beschaffenheit“ in Ziffer IV des § 2 streichen will, in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 3 verbietet die gewerbmäßige Herstellung oder Nachahmung von Wein unter Verwendung eines Aufgusses von Zuckermasse oder Wasser auf Trauben, Traubenmasse oder theilweise gemessete Trauben, auf Hefen unter Verwendung von getrockneten Früchten oder eingedickten Moststoffen von Saccharin, Dulcin oder sonstigen künstlichen Süßstoffen, insbesondere von Weinsäure und Weinsäure, von Obstmost und Obstwein, von Gummi oder anderen Stoffen, durch welche der Extraktgehalt erhöht wird.

Rickert (Fp.) bemängelt den Kommissionsbericht. Es würde wohl wenig Parlamentarier geben, die einen derartigen Bericht kennen gelernt haben.

Baumann (N.): Der Bericht ist von der Kommission gutgeheißen worden, und das ist wohl wichtiger, als daß er den Beifall einer anderen Seite findet.

§ 8 wird darauf in der Fassung der Kommission angenommen, ebenso debattelos die §§ 4-7. § 10 trifft Bestimmungen über die Ausübung der durch das Gesetz vorgeschriebenen Kontrolle. Bis zur reichsgesetzlichen einheitlichen Regelung soll die Landesregierung die Beamten und Sachverständigen bezeichnen, welche für die Kontrolle zuständig sind.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wenn wir in der Verfolgung von Nahrungsmittelverfälschung weiterkommen wollen, so muß in den Einzelstaaten überall eine selbstständige, auf der hohen wissenschaftlichen Kenntniß beruhende Nahrungsmittelkontrolle bestehen, sonst verlieren die Reichsgesetze, die wir hier machen, alle ihre Wirkung. Hoffentlich giebt dies Gesetz den Anstoß, eine derartige Nahrungsmittelkontrolle durchzuführen.

Schmidt-Eberfeld (Fp.) bittet den Paragrafen und ebenso die späteren darauf bezüglichen Paragrafen abzulehnen.

Dr. Müller-Sagan (Fp.) fragt an, wie die Kontrolle durchgeführt werden solle. Die untergeordneten Polizeibeamten seien doch wenig dazu geeignet.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt, die Durchführung der Kontrolle lasse sich nicht anders denken als durch Gemisch vorgebildete Sachverständige.

Blankenhorn (N.) tritt für die Kommissionsfassung ein. Wurm (S.) Wir werden sowohl für die Tagkontrolle als auch für die Nachkontrolle eintreten. Wenn die Nachkontrolle beseitigt würde, so würden die Weinpantfcherien, die am Tage verboten sind, einfach in der Nacht vorgenommen werden. Höchst bedauerlich ist es, daß noch immer keine richtige Nahrungsmittelkontrolle mit eigens dazu ausgebildeten Sachverständigen besteht. Das Einfachste wäre es, wenn wir in das Saccharin-gesetz einen Artikel einfügten, welcher eine sachgemäße Kontrolle der Nahrungsmittel einführt. (Sehr richtig! b. d. S.)

Reiß (S.) hofft, daß die Kontrollbestimmung eine heilsame Anstöße in den Kreisen derjenigen verbreiten werde, die sich bisher allzusehr mit Verlängerung des Weines beschäftigen haben.

In der Abstimmung wird darauf der § 10 unverändert angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos erledigt.

Die Berathung der Resolution wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Präsident Graf Ballestrin schlägt vor, die nächste Sitzung Dienstag abzuhalten und auf die Tagesordnung die drei Interpellationen zu setzen: 1) Interpellation Hohenberg (Welfe) über das Schicksal der in Südafrika in englische Gefangenschaft ge-

rathenen deutschen Missionare; 2) Interpellation Herold (B.) daß die Ausmusterung der Pferde zu militärischen Zwecken nicht in die Saatzeit verlegt werde und 3) Interpellation Singer (S.D.), ob die für die Einrichtung und den Betrieb chemischer Fabriken geltenden Vorschriften bei den Fabriken in Griesheim außer Kraft gesetzt waren und welche Schritte der Reichsanwalt zu thun gedachte, um solche Fälle für die Zukunft zu verhindern. Auf eine Anregung des Abg. Schmidt-Eberfeld (F.P.), den Diätenantrag des Abg. Gröber (B.) auf die Tagesordnung zu setzen, erwidert
Präsident Graf Ballestrem, daß er in den nächsten Tagen Gelegenheit nehmen werde, die Entscheidung des Hauses darüber einzubringen.
Schluß 3 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wie die Krisis in Preußen ihr Ende findet. Gestern endlich hat „Reichsanzeiger“ in einer Extra-Ausgabe den Rücktritt der Minister Miquel, v. Hammerstein und Brafeld auch amtlich gemeldet und zugleich die Namen ihrer Nachfolger bekannt gegeben. Im Allgemeinen ist der Wechsel so vor sich gegangen, wie wir ihn auf Grund von Berliner Nachrichten hiezu hatten. Rheinbaben, der schneidige Polizeiminister, ist thätig Miquels Nachfolger geworden, ebenso ist Poddelski an Hammersteins Stelle als Landwirtschaftsminister getreten. Das Müller-Brachwede Handelsminister werden würde, stand ohnehin schon unumstößlich fest. Die einzige Ueberraschung, welche die amtliche Ministerliste bietet, besteht lediglich darin, daß nicht der Oberpräsident Bethmann-Hollweg, den die gesammte Presse als neuen Minister des Innern bezeichnet hatte, sondern ein homo novus, ein neuer Mann, ein noch unbekanntes Blatt, nämlich der Meyer Bezirkspräsident Freiherr von Hammerstein zum Minister des Innern ernannt worden ist. Der neue Generalpostmeister an Poddelskis Stelle ist in der Person des bisherigen Direktors im Reichspostamt, Kraetke, gefunden worden. Kraetke steht im 56. Lebensjahre und gehört seit dem Jahre 1864 der Postverwaltung an. Seit 1881 ist er Postrath und Mitglied des Kollegiums des Reichs-Postamts; 1884 wurde er Geheimer Postrath und vortragender Rath im Reichs-Postamt, und 1887 ging er als Gouverneur nach Neu-Guinea, von wo er 1890 zurückkehrte. Seitdem gehört er wieder dem Reichs-Postamt an, und zwar seit 1897 als Direktor der Abteilung I für die technischen Postangelegenheiten. Kraetke hat während seiner postdienstlichen Thätigkeit im Jahre 1879 eine mehrmonatliche Reise nach Amerika zum Studium der dortigen Postverhältnisse gemacht und ist vielfach im Auslande zum Abschluß von Verträgen thätig gewesen, so 1885 in Spanien und 1896 in Rußland. Englisch- und Niederländisch-Indien und Australien sind dem neuen Staatssekretär von seinen Reisen her bekannt. Seit Schaffung des Reichspostamts gehört er dieser Körperschaft und ebenso dem Beirath für das Auswanderungswesen als Mitglied an.

Im Großen und Ganzen handelt es sich also bei den Neubestellungen um Männer, die sich ihrer Bestimmung nach in Nichts von ihren Vorgängern unterscheiden. Es ist derselbe Boden, nur eine andere Nummer.

Wie kam es eigentlich? Vielfach hat man sich keinen Vers daraus zu machen gewußt, daß mit Miquel gerade Hammerstein und Brafeld verabschiedet worden sind. In parlamentarischen Kreisen, welche entsprechende Beziehungen haben, erzählt man sich der „Frei. Zig.“ zufolge darüber Folgendes: Es hat sich in der That darum gehandelt, in Bezug auf den Grad der Erhöhung der Brodpreise eine Entscheidung zu treffen. Miquel hat dabei sich ansehnlich gemacht, die Kamalvorlage durchzubringen und den Preis von 6 Mk. Zoll auf Getreide, nach anderen Nachrichten von 7 Mk. auf Weizen und 6 Mk. auf Roggen. Ihm sollen sich hierbei Brafeld und Hammerstein angeschlossen haben. Eine solche Zollserhöhung wurde aber von maßgebender Stelle als von vornherein unvereinbar mit dem Abschlusse von Handelsverträgen angesehen. Darüber kam es dann zum Bruch.

Vom fliegenden Gerichtsstande der Presse. Wie das „S. Z.“ aus sicherer Quelle aus München erfährt, hat die bayerische Regierung auf eine Anfrage aus Berlin bezüglich ihrer Stellungnahme zum fliegenden Gerichtsstande bei Preßvergehen geantwortet, daß sie jedenfalls für die Beseitigung dieses Gesetzes stimmen werde. Auch Württemberg soll eine gleiche Erklärung abgegeben haben. — Bestätigung bleibt abzuwarten.

Eine Warnung. Die Ermittelung der wirtschaftlichen Verhältnisse im ersten Viertel des Jahres 1901 hat sich für alle Anhänger der Hochpreispolitik zu einer eindringlichen Warnung gestaltet. Aus allen Gegenden des Reichs lauten Nachrichten über den ungünstigen Saatenstand ein. Im Schwaben ist der Weizen betroffen; für Mitte April wird sein Stand auf 3/6 angegeben, d. h. nahezu als gering, weitens der schlechte Stand seit dem Winter 1891. Die wegen Auswinterung umgepflanzte Fläche betrug beim Weizen im Reich 22,6, also fast ein Viertel der ganzen Anbaufläche. Im einzelnen aber sind manche Saaten noch viel schlimmer daran. Amülich wird mitgeteilt: „Die Auswinterungen des Weizens betragen, jedoch sich bis jetzt übersehen läßt, in Westfalen-Schwaben ungefähr sieben Zehntel, im Rheinlande Sachsen und in Anhalt zwei Drittel, in Ostpreußen und Braunschweig die Hälfte der Anbaufläche.“ Mit am härtesten sind Bayern und Polen von dem allgemeinen Mißwachs betroffen worden. Im Hinblick darauf wird der „National-Zeitung“ geschrieben: „Siele Weiber haben schon jetzt Roggen zur nächsten Herbstzeit und zur Erhaltung ihrer Wirtschaft bis zur Ernte von 1902 gekauft, aus Sorge, daß die Preise später unerschwinglich hoch sein könnten. Es giebt in den genannten Kreisen mittlere und große Güter, auf denen die gesammten Roggen- und Weizenfelder angebaut werden würden, wenn überhaupt eine Möglichkeit bestände, die ganze Fläche so zeitig zu bestellen, daß Ansticht auf eine auch nur mäßige Ernte vorhanden wäre. Aber die Kalamität wird dadurch bedeutend erhöht, daß der Frühling ungewöhnlich spät eingetreten ist.“ Sehr merkwürdig lautet auch die Anzeige über jüngeren Aufsehenhandel im ersten Vierteljahr 1901. Die Ernteharveste für die Zeit sind auf 1 357 664 000 Mark zurückgegangen gegen 1 483 689 000 Mark in derselben Zeit 1900, daher weniger 126 Millionen. Die Ausfuhrernte sind von 1 198 458 000 Mark im Vergleich mit 1 125 965 000 Mark gefallen, also weniger 72 493 000 Mark. Damit dieser Rückgang an, so

bedeutet das für das ganze Jahr eine Verminderung unseres Außenhandels um rund 800 Millionen Mark. Das ist eine recht eindringliche Lehre! Mehr als gewöhnlich noch wird Deutschland durch den ungünstigen Saatenstand auf die Getreideeinfuhr aus dem Ausland angewiesen. Seine Kaufkraft auf dem ausländischen Brodmarkt wird aber um so geringer, je tiefer der Werth seiner Ausfuhr sinkt. Angesichts solcher Erscheinungen den Brod Zoll zu erhöhen und durch Gefährdung der Handelsverträge die Ausfuhr zu schädigen, wäre schlimmer als Wahnsinn. Der „Hamburger Korrespondent“ knüpft an die Meldung vom dem schlechten Saatenstand noch die Mittheilung: „Soviel wir wissen, hat diese Lehre auch an den maßgebenden Stellen, namentlich auch im preussischen Landwirtschaftsministerium, ihren Eindruck nicht verfehlt.“ Das scheint freilich voreiliger Optimismus.

Die Aufhebung der Nachtarbeit im Bäckergewerbe befehligen die gewiß nicht „umstürzlerischen“ konservativen „Grenzboten“; sie schreiben: „Die bestehende Bäckereiverordnung kann nur als ein erster Schritt angesehen werden. Statt zurückzukehren, muß der Staat weitergehen: die Nachtarbeit in den Bäckereien muß gänzlich verboten werden. Daß das hochgeneigte Publikum zum Frühstücksfraße frischgebackene Semmeln bekomme, ist ganz und gar nicht notwendig; unbedingt notwendig aber ist es, daß ein Staat, der auf den Namen eines Kulturstaates Anspruch erhebt, und der jetzt schon sogar die Thierquälerei bestraft, jede in seinem Bereich vorkommende unwürdige Massenmenschenquälerei verbiedere.“

Liberaler Biervertheurer. In Danzig hat der Magistrat den Stadtverordneten eine Vorlage wegen Einführung einer Biersteuer zugehen lassen. Danzig ist die Domäne des freisinnigen Aldert, und im Magistrat wie in der Stadtverordnetenversammlung geben die Herren von der Freisinnigen Vereinigung den Ausschlag. Daß die Biersteuer in derselben Stadt zur Einführung gelangen soll, in der man sich mit großer Entschiedenheit gegen die Zollerhöhung auf Getreide wendet, ist für die Konsequenz der liberalen Männer ebenso bezeichnend, wie die Erhebung einer Schlachtsteuer im „freisinnigen“ Breslau.

Neue politische Nachrichten. Der Seniorenkongress des Reichstages tritt heute Vormittag zusammen, um über die Geschäftslage des Hauses zu beraten. In dieser Sitzung soll die Entscheidung darüber fallen, ob es möglich sein wird, die wichtigsten Vorlagen noch vor Pfingsten zu erledigen. — Gegen die Erhöhung der Getreidezölle hat sich die Kommission des Landtages von Koburg-Gotha mit 6 gegen 1 Stimme ausgesprochen. — An Ehren ist den verabschiedeten Ministern zu theil geworden: Miquel ist als „besonders allerhöchstem Vertrauen“ auf Lebenszeit in das Herrenhaus berufen worden, Freiherr v. Hammerstein hat die Krone zum Großkreuz des Römischen Adlerordens und Brafeld das Großkreuz dieses Ordens mit Eichenlaub erhalten. — Das aus Herr v. Lucanus, der Chef des Zivilkabinetts, seinen Abschied erhält, wird jetzt entschieden demerit. Das bestehende Gericht ist dadurch entstanden, daß Wilmowski die sonst übliche Gratifikation gegen den zur Verabschiedung reisenden, aber sich noch fräulenden Minister vollzog. Es wurde deshalb mehrfach angenommen, daß Wilmowski hierbei seinen Verabschiedungsbeitrag für das Zivilkabinet erbringen sollte, indem er gerade die schämliche Gratifikation gegenüber Herrn v. Miquel zu vollziehen hatte. Wie sich aber jetzt herausstellt, ist es als eine besondere Auszeichnung gegen Miquel erachtet worden, daß nicht Herr Lucanus ihn geholt, sondern Herr v. Wilmowski beauftragt wurde, ihm die eigene Schürze zu überreichen. — Im Elberfelder Militärbesetzungs-Prozess beantragte am Montag der Erste Staatsanwalt gegen Baumann 9 Jahre Gefängnis und 10 Jahre Ehrverlust, gegen die Wittwe Dieckhoff 8 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Teich, Selbe, Vater und Sohn, und Gerlach jun. je 6 Monate, gegen Bremer, Friederich Schmidt, Procter, Vater und Sohn, Zimmermann jun., Gerst, Vater und Sohn, Hasmann, Wäker, Vater und Sohn, Weiler, Vater und Sohn, und Gerlach jun. je 6 Monate und gegen Duffschmidt, Vater und Sohn, und Herl Schmidt jun. je 3 Monate Gefängnis. Die Verteidiger bestritten in ihren Verteidigungsreden, daß Verletzung oder Fälschung nachgewiesen sei und beantragten Freisprechung der Angeklagten Baumann, Dieckhoff, Zimmermann, Procter, Wäker, Teich, Bremer und Weiler. Ein Antrag des Rechtsanwalts Kraus auf Verabschiedung des Oberstaatsanwalts Dr. Schmalz wurde abgelehnt, da die Gründe für dessen Nichtverurteilung noch unverständlich fortbestehen. — Der „Köln. Zig.“ zufolge handelt es sich bei dem durch Minister Brafeld im August für die Rechnung des preussischen Staates erworbenen Grundbesitz am die Jahres Minister Abschatz und Gewerblichkeits-Altrep, sowie um die umfangreichen Bergwerksrechte des verfallenen Kommerzienraths Bohrowitz. Es handelt sich hierbei um eine sehr umfangreiche, zusammenhängende und gut abgerundete Bergwerks- und Bergbau-Industrie, die einer großen, ansehnlichen Entwicklung fähig und in vier bis fünf Jahren im Stande ist, den ganzen Kohlenbedarf der Eisenbahnen im rheinisch-westfälischen Bezirk zu decken. Die Kohlenfelder für alle diese Bergwerksrechte wird die Summe von 25 Mill. genannt. — In Kasan ist herrscht große Notdurft vor: nichtigen Umständen. Pariser Wäcker melden aus Petersburg: Seit einigen Tagen ist hier nur von Verhaftungen, Haftstrafen und Verurteilungen von Schriftstücken die Rede. Seit 48 Stunden sind mehrere Hundert Personen verhaftet worden, man fand kompromittirte Schriftstücke, die sich gegen Personen in hohen Stellungen richteten. Die Polizei nimmt allmählich Hausdurchsuchungen vor, mit der Hoffnung, die Leiter der Bewegung zu finden. — Der all-gemeine Grubenarbeiterstreik in Frankreich unterbleibt. Der Anführer des nationalen Bergarbeiter-Bundes hat sich gegen den Anstich ausgesprochen. — Im Hafen von Genoa ist in Folge von Streitigkeiten über die Dauer der Arbeitszeit abermals ein all-gemeiner Ausstand ausgebrochen. — Anführer der Blumenpflanzler in Barcelona catalanische Kundgebungen hat. Die Manifestanten werden von der Gendarmarie mit blanker Waffe angefaßt, mehrere Verwundete verzeichnet. — Das „Herold-Bureau“ mittheilt weiter aus Barcelona: Anlässlich des Jahrestages der Einrichtung der Anarchisten von Rovinsky hielten die Anarchisten ein großes Meeting ab, auf welchem heftige Reden gegen die Regierung gehalten wurden. Die Versammlung protestirte auf das energischste gegen die Haltung der Regierung den Anarchisten gegenüber. Im Verlauf der Demonstration kam es zwischen Anarchisten und Polizei zu heftigen Zusammenstoßen. Die Polizei schritt mit blanker Waffe ein und nahm mehrere Verhaftungen vor. — Die der Pariser „Patrie“ aus Algier gemeldet wird, sind in Algier drei Karoffelbauern verhaftet worden, welche an den bekannten Plünderungen des Dorfs Marguerite theilgenommen hatten; ebenso wurden in Algier zwei Karoffelbauern festgenommen, wovon der eine aus Marokko, der andere aus Bagdad kam. Beide seien als Feldarbeiter verhaftet nach Algier gekommen, um die Karoffelbauern gegen Frankreich auszureiseln. — Die Richter von Tokio, Jura, Senda, Koto, Daita und Kagami in Japan freifen, weil sie zu wenig Bezahlung erhalten. Manche ganz japanische Unterthanen wünschen natürlich, daß der Strich recht lange dauere möge.

Transvaal. Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Von allen Theilen des weiten Kampfbereiches wird über eine erhöhte Angriffsluft der Buren berichtet. Nach Meldungen aus Johannesburg konzentriren sich die Buren seit Anfang Mai um Hartbeesfontein, wo die unter Delooy stehende Streitmacht auf 4000 bis 5000 Mann (!) geschätzt wird. Die Buren nehmen eine feste Stellung an den Hügel ein. Babington nahm Fühlung mit ihnen, aber seine Streitmacht ist zu klein, um die Buren anzugreifen, da sie sind Verstärkungen abgefordert. Die Generale Methuen und Rawlinson nähern sich Hartbeesfontein. Eine Schlacht scheint bevorzustehen. Es wird angenommen, die Buren können, da sie ohne Artillerie sind, die Stellung nicht halten. (?) — Und wenn die Engländer dann nicht mit ihnen fertig geworden sind, haben sie plötzlich Karren gehabt.

In der Nacht zum Montag rissen die Buren bei Taabosch abermals die Schienen des Bahn-gelisses auf, wodurch der regelmäßige Postzug eine zwölfstündige Verspätung erlitt.

Kitchener drahtet aus Pretoria folgende „Siegess-nachricht“: Nach den zuletzt eingegangenen Meldungen von den einzelnen englischen Streikcorps wurden 4 Buren getödtet, 5 verwundet und 118 gefangen genommen; 2000 wurden gefangen. Ferner wurden große Mengen Munition nicht 120 Wagen erbeutet. — Die Engländer werden sich nicht Tode fügen!

In Kapstadt preßt man in der Noth Soldaten man kann. Jetzt haben dort 17 amerikanische Waffentreiber gegen einige englische Werbeoffiziere einen Schadens-Prozess in Höhe von 250 Pfund Sterling eingeleitet, weil diese sich weigerten, ihnen ihren Lohn auszahlen, als sie ihrem Verträge gemäß nach den Vereinigten Staaten zurückkehren wollten. Die Offiziere hatten versucht die Treiber zu zwingen, Dienste in der englischen Armee anzunehmen, und dann gewaltthätig an der Abfahrt gehindert. Der amerikanische Konsul hat sich energisch der Angelegenheit angenommen.

China.

Vom Chinawirrwarr. Die Stimmung der Chinesen ist schlimmer als je. Ein Missionar der Londoner Mission in Peking, alle Berichte aus den Provinzen zeigen, daß das Volk sich in einem beilagenswerthen Zustande der Unzufriedenheit befindet. Der bittere Haß und die Drohungen gegen die Fremden seien schlimmer als vor der Belagerung der Gesandtschaften. Die Zurückziehung der Truppen dürfte das Zeichen für die Niedermegung der einheimischen Christen sein.

Wie die „Kölnische Zeitung“ aus Peking vom 4. d. M. meldet, machten nach dem Verzicht des Hauptquartiers die Chinesen des Uts, Nummer von Wilanowich einen außerordentlichen Erkundigungsritt von etwa 100 Kilometer über Kalgau hinaus nach Tainghu, 275 Kilometer westlich von Peking. In Schanji wurden keine chinesischen Truppen mehr vorgefunden.

Die „Darmst. Zig.“ meldet: Der Großherzog erhielt folgendes Telegramm aus Schanghai den 4. d. M.: Siegreiche Gefechte an der Großen Mauer. Heilen sehr brav. Postmeister.

Die Amerikaner verringern ihre Truppenmacht in Peking. Nach der „Times“ ist am Sonntag früh das erste Detachement des amerikanischen Expeditionskorps von Peking nach Taku abgegangen.

Das unverbrennbare Vabesthaus, in dem Graf Walthersee in China bis zu seiner Rückkehr in Europa zu residieren gedachte, ist bekanntlich nicht mehr. Nicht einmal ein Aushaus dieses welt-historischen Baues scheint erhalten geblieben zu sein. Nun aber wird es heiß in Peking; auf der See ist es kühler. Und so wird denn berichtet, daß der Weltmarktschiff „Gera“ zu verlassen gedente und seinen Aufenthalt auf der „Gera“ nehmer werde. Die „Gera“ ist ein Lazarathschiff. Wabestsee ist aber, wie berichtet wird, erfreulicherweise gesund. Die Räume, die dem Marschall zur Verfügung gestellt werden, entsprechen in den zum Aufenthalt des Oberkommandirenden der deutschen Truppen eingerichteten Theilen natürlich allen Ansprüchen eines durchaus gefunden Mannes. Voransichtlich wird auch der 10 000 Mark-Roth mit seinem Stabe auf die „Gera“ übersiedeln, so daß in der ordnungsmäßigen Verpflegung des Grafen eine Unterbrechung nicht eintreten wird. Wie sich die Mächte zu der Uebernahme des Marschallstabes auf die „Gera“ stellen werden, läßt vorläufig noch abzuwarten.

Zum Tode sind nach einer Kontermeldung aus Tientsin ein deutscher Sergeant und ein Kavallerist verurtheilt worden, weil sie beim Patronenladieren im Dezember zwei unklügelige Chinesen bei Baotzingtu ermordet haben sollen. — Amülich hat bisher darüber noch nichts verlautet.

Der „Kölnische Anzeiger“ berichtet ausführlich über die Operationen der russischen Truppenabtheilungen von der Mandchurien bis in die letzten Tage. Danach hatten die von General Jorphy befehligten nordmandchurischen Abtheilungen im Laufe über 20 Zusammenstöße. In diesen fielen 24 Soldaten, 2 Offiziere und 1 Mann starben an den erlittenen Verwundungen, 7 Offiziere und 61 Mann wurden schwerer oder leichter verwundet. Erbeutet wurden zahlreiche Geschosse und Gewehre, die größtentheils vernichtet wurden. Der Indendant Schen und sein Gehilfe Sphigaiaman-Daita wurden gefangen genommen. Das Gesamtergebn der Operationen ist, daß von drei die Ruhe der Mandchurien bedrohenden Banden zu Anfang des Jahres zwei gänzlich zerstreut und vernichtet wurden und die dritte nach mehreren Mißerfolgen von den russischen Truppenabtheilungen verfolgt wird.

Küst und Hamburggebiete.

Dienstag, den 7. Mai.

Sozialdemokratischer Verein. In der am Montag Abend stattgefundenen Versammlung hielt Gen. Friedrich einen interessanten, fesselnden Vortrag über „Das preussische Königthum und die Konservativen.“ Hedner führte an der Hand eines reichhaltigen Materials den Nachweis, daß für die preussischen Konservativen stets der Grundlag maßgebend gewesen sei: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen thut.“ Reichher Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen des Referenten. Die Abrechnung von der Märzfeier ergab einen Ueberschuß von 75,60 Mk. In das Komitee zur Agitation für die bevorstehenden Bürgerstimmwahlen wurden die Genossen Friedrich, Effinger, Böger, P. Kleinfeldt und Wittfoot gewählt. Nach eingehender Erläuterung seitens des Genossen Friedrich wurde das an anderer Stelle unseres Blattes abgedruckte Aktionsprogramm der sozialdemokratischen Partei für die Bürgerstimmwahlen einstimmig angenommen. An Stelle des verzögerten Genossen Rasch wurde als Distriktsführer für den 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreis Genosse L o o g gewählt.

Das Programm für die Bürgerschaft.

- hat der sozialdemokratische Verein in folgender Form angenommen:
I. Für die Wahlen zur Bürgerschaft ist das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle über 21 Jahre alten Lübeckischen Staatsangehörigen zu fordern.
II. Die Wahl der Senatoren hat durch sämtliche Bürger Lübecks zu erfolgen.
III. Stufenweis steigende Einkommensteuer zur Befreiung des Staatshaushalts.
IV. Konfessionslose Schulen.
V. Die Vergebung von Staatsarbeiten und Lieferungen.
VI. Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der vom Staat und der Gemeinde beschäftigten Unterbeamten und Arbeiter.
VII. Errichtung eines aus Vertretern des Staates, Herzogen und Delegierten der Arbeiter bestehenden Arbeitssamtes zur ständigen Ueberwachung der Wohnungs- und Arbeitsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung.
VIII. Errichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises für alle Arbeiter, einschließlich der Dienstboten, und einer städtischen Arbeiterstatistik unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen.
IX. Errichtung von Apotheken in eigener Regie des Staates.
X. Errichtung eines Asyls für Obdachlose.
XI. Eine der Hygiene entsprechende Regelung des Abfuhrwesens, sowie unentgeltliche Desinfektion von Wohnungen, Möbeln und Kleidungsstücken bei ansteckenden Krankheiten.

Ueber die Lübeck-Schlutupper Bahn

Die Bahn wird der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft als Nebenbahn konzessioniert und von ihr als bald nach endgültigem Abschluß der Bahnhofsverträge erbaut, jedoch zunächst nur auf eine Länge von 7 1/2 km. von Schlutup ab auf selbständigem Bahnlörper und weiter auf einer Länge von 1 1/2 km. mit selbständigem Gleise auf dem Planum der Mecklenburgischen Bahn.

Die Bahn wird der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft als Nebenbahn konzessioniert und von ihr als bald nach endgültigem Abschluß der Bahnhofsverträge erbaut, jedoch zunächst nur auf eine Länge von 7 1/2 km. von Schlutup ab auf selbständigem Bahnlörper und weiter auf einer Länge von 1 1/2 km. mit selbständigem Gleise auf dem Planum der Mecklenburgischen Bahn.

Die in den vorstehenden Fällen erforderlich werden, von Kapitalaufwendungen oder Kapitalveräußerungen sollen vereinbarungsgemäß von dem Lübeckischen Staate und unserer Gesellschaft je zur Hälfte getragen werden.

Die in den vorstehenden Fällen erforderlich werden, von Kapitalaufwendungen oder Kapitalveräußerungen sollen vereinbarungsgemäß von dem Lübeckischen Staate und unserer Gesellschaft je zur Hälfte getragen werden.

Die in den vorstehenden Fällen erforderlich werden, von Kapitalaufwendungen oder Kapitalveräußerungen sollen vereinbarungsgemäß von dem Lübeckischen Staate und unserer Gesellschaft je zur Hälfte getragen werden.

Zu der Berichtigung, die uns von Herrn Dr. Bittern im Auftrage der hiesigen Niederlage der Schlesischbrauerei zugeht.

Die in der Berichtigung des im „Volksbote“ abgedruckten Berichts über die in der Versammlung gefasste Resolution bleibt trotz der selben bestehen. Aus der Berichtigung geht klar und deutlich hervor, daß Herr Hofmann den Versuch macht, sich aus der Schlinge herauszuziehen; jetzt heißt es, der Arbeiter habe seine Arbeit nicht gemacht.

Als die Berliner Volksjäger-Gesellschaft Strzelwitz jüngst im ersten Male in Lübeck auftrat.

Die Berliner Volksjäger-Gesellschaft Strzelwitz jüngst im ersten Male in Lübeck auftrat, eroberte sie sich sofort die Gunst des Publikums. Ihre satirischen Kouplets, denen mehrfach Motive aus der deutschen und ausländischen Politik zu Grunde lagen, die gutgelungenen Improvisationen Strzelwitz's, entzettelten wahre Beifallstürme und Lachsalven.

Eine öffentliche Versammlung aller am Hafen, auf den Holzlagerplätzen, in der Binnenschiffahrt und im Daggereibetriebe beschäftigten Arbeiter findet heute Abend im großen Saale des Vereinshauses statt.

Eine öffentliche Versammlung aller am Hafen, auf den Holzlagerplätzen, in der Binnenschiffahrt und im Daggereibetriebe beschäftigten Arbeiter findet heute Abend im großen Saale des Vereinshauses statt.

Vergleichende Zusammenstellung der Einnahmen an Staatssteuern und Abgaben.

Vergleichende Zusammenstellung der Einnahmen an Staatssteuern und Abgaben. Es gingen im ebenverfloßenen Monat April ein: An Einkommensteuer 7039,86 Mark, an Erbschaftsteuer 17 375,93 Mark, an Veräußerungs-

abgabe 19574,02 Mark, an Stempelabgaben 7288,30 Mark und an Schiffsabgaben 27432,35 Mark. Insgesamt betrug die Einnahme 78710,46 Mark gegen 75098,23 Mark im gleichen Monat des Vorjahres.

Dem Arbeitshaus wurden im Monat April 3 Personen wegen Bettelns überwiesen. Die Gastdauer beträgt bei Men je 24 Monate.

Leichenfund. Am Montag Morgen wurde im Stadtgraben unweit der Buppenbrücke die Leiche einer ca. 50 bis 55 Jahre alten Frau treibend aufgefunden.

Schiffsuntergang. Das deutsche Schiff „Auguste Laau“, Kapitän Schwarz, mit Weizenladung von Rostock nach Bremen unterwegs, ist während eines Sturmes in der Ostsee mit der ganzen Besatzung untergegangen.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Zur Arbeiterbewegung der Maurer und Bauarbeiter in Jekhoe wird gemeldet, daß die Arbeitgeber in ihrer letzten Versammlung beschlossen haben, den Lohn der Bauarbeiter von 35 auf 38 Pf. pro Stunde zu erhöhen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete.

Die im Bau befindliche, fast vollendete Ziegelei von Karl Rathmann in Wil bei Kiel ist Sonntag Abend durch Feuer zerstört worden. Von der Anlage sind nur die Umfassungsmauern stehen geblieben. Die maschinellen Einrichtungen des Werkes sind schwer beschädigt.

Sternschanz-Viehmarkt

Sternschanz-Viehmarkt Hamburg, 6. Mai. Die Schweinepreise sind etwas besser. Die Rindviehpreise sind ebenfalls etwas besser.

Advertisement for J. H. Dahmcke, a funeral home. Text: Nach Gottes unerforschlichem Rathschluß entschlief am Sonntag Abend 6 1/2 Uhr nach kurzem aber schweren Leiden mein lieber guter Mann und meiner Kinder treuerzorgender Vater, der Gastwirth J. H. Dahmcke.

Advertisement for H. Mohr, a furniture store. Text: Engelsgrube 53 H. Mohr Schwöbelenquerstr. 1 Möbel-Ausstattungs-Geschäft. grosses Lager in Mobilien, einfach und elegant.

Advertisement for Rudolph Karstadt, a tailor. Text: Zu sofort ein fräntiger Arbeitsmann R. Nickels, Töpfermeister, R. Burgstraße 11. Tüchtige Rod- und Hosenschneider sucht per sofort Rudolph Karstadt.

Der Geschäftsgang im Hamburger Rhedergewerbe.

Schon seit Herbst vorigen Jahres sind die Schauerleute in Hamburg bemüht, einen Lohnantrag mit ihren Arbeitgebern zu vereinbaren. Im Laufe des April fanden nun wiederum Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitgebern über einen von den Arbeitgebern eingereichten Lohnantrag statt. Die Arbeitgeber erklärten sich zu Verhandlungen über die Lohnfrage bereit, falls die Arbeiter von den einzelnen Positionen etwas nachlassen wollten. Außerdem wünschten die Arbeitgeber die Einführung des Stundenlohnes statt des Tagelohnes. Gegen letzteres Verlangen nahm eine Versammlung von 3000 Schauerleuten Stellung, beauftragte aber gleichzeitig ihre Vertreter, in den anderen Fragen den Arbeitgebern entgegenzukommen. Auf dieser Basis sollten alsdann die Verhandlungen fortgesetzt werden. Ehe es aber dazu kam, erhielt die Lohnkommission der Schauerleute am 24. April ein Schreiben der Arbeitgeber, in dem ausgesprochen wird, daß die weiteren Verhandlungen gegenstandslos seien, da die Arbeitgeber bei der schlechten Geschäftslage sich nicht veranlaßt fühlen, eine Lohnhöhung eintreten zu lassen. Ganz abgesehen davon, daß rein formell betrachtet, das Vorgehen der Arbeitgeber eine Brüstung der Schauerleute bedeutet, ist auch der sachliche Einwand, daß das Rhedergewerbe zur Zeit unter einer Depression leide, und daß daher eine Erhöhung des Lohnes für die Schauerleute ausgeschlossen sei, äußerst bezeichnend. Einmal ist die finanzielle Lage der Hamburger Rhedereien infolge der günstigen Ergebnisse der letzten Jahre eine überwiegend glänzende. Die Schiffahrtsgesellschaften haben ständig steigende Dividenden verteilt, sie haben Abschreibungen gemacht, die weit über das übliche Maß hinausgehen und eine Vergrößerung des Schiffsparks herbeiführten, deren Bezahlung aus laufenden Betriebsmitteln keineswegs ohne weiteres zu rechtfertigen ist. Die Abschreibungsmethode der Hamburger Rhedereien hat so sehr die Nachkontrolle zu scheuen, daß die Rhedereien, soweit sie Aktiengesellschaften sind, es möglichst vermeiden, den Betrag der Abschreibungen offen in der Bilanz aufzuführen. Namentlich gilt das von den Rhedereien, die unter dem Einfluß der Familie Laeisz stehen. Zu diesen Gesellschaften gehören z. B. die Hamburg-judamerikanische und die deutsch-australische Dampfschiffahrtsgesellschaft. Der Mißbrauch, die Abschreibungen in den Bilanzen zu verdecken, ist allmählich so stark geworden, daß dem Handelsregister-Richter die Geduld ausgegangen ist und er kürzlich einer dieser Gesellschaften die Eintragung der Bilanz verweigert hat, weil sie die Abschreibungen nicht offenkundig enthielt. Wie viel den Rhedereien aber darum zu thun ist, die Höhe der Abschreibungen zu verschweigen, geht daraus hervor, daß die betreffende Dampfschiffahrtsgesellschaft die Entscheidung des hanseatischen Oberlandesgerichts angerufen hat. Wenn man als reichlich hohe Abschreibung für den Werth des Schiffbestandes einer Rhederei 7 1/2 pCt. im allgemeinen und im Durchschnitt annimmt, so ist diese Ziffer schon hoch gegriffen. Die Hamburg-amerikanische Paketfahrt-Aktiengesellschaft hat aber bei einem Buchwerth ihres Schiffsparks von 108,84 Millionen Mark nicht weniger als 11,56 Millionen Mark im letzten Jahre abgeschrieben. Das sind über 10 Prozent. Wenn es nun den Hamburger Rhedereien möglich ist, außergewöhnlich günstige Dividenden zu verteilen und übermäßig hohe Abschreibungen zu machen, so kann von einer ungünstigen finanziellen Position der Rhedereien wohl nicht gesprochen werden. Wenn für die beiden genannten Zwecke bei einer Gesellschaft, wie die Hamburg-amerikanische Paketfahrt-Aktiengesellschaft, 4 bis 6 Mill. Mark über das normale Maß ausgegeben werden können, so ist gar nicht einzusehen, warum nicht das Lohnkonto gleichfalls eine bedeutende Erhöhung erfahren kann. In den

Geschäftsberichten der Hamburger Rhedereien schweigt man sich gründlich über die gezahlten Lohnsummen aus. Man würde diese Summen gewiß der Öffentlichkeit nicht vorenthalten, wenn sie während der letzten Jahre auf einen ähnlich stolzen Umfang angewachsen wären, wie die Ziffern der Dividenden und der Abschreibungen. Die finanziell so günstige Position der Rhedereien würde durch eine Lohnhöhung der Schauerleute keine Einbuße erfahren. Denn eine Verminderung der überhöhen Abschreibungen wäre sehr wohl zu ertragen.

Schon aus den bisherigen Ausführungen ergibt sich, daß mit dem Hinweis auf eine Depression im Rhedergewerbe die verlangte Lohnhöhung der Stauer nicht abgethan werden kann. Dazu kommt aber, daß der Frachtenmarkt überhaupt nicht ungünstig liegt, daß das Geschäft in der Rhederei nach übereinstimmenden Berichten aus den Seep läzen ein relativ recht günstiges ist. Gewiß lagen bis Anfang April die Frachten noch allenthalben flau. Das Frühjahrsgeschäft setzte später und weit weniger lebhaft als in den letzten Jahren ein. Aber die Verhältnisse haben sich seit Mitte April stark geändert. Die Frachten sind im Aufschwunge und auf einem Niveau angelangt, daß die deutschen Dampfer schon nicht mehr genöthigt sind, von den amerikanischen Häfen Kohlen als Ballast zu nehmen. Manche Linien sind so lebhaft beschäftigt, daß ihre eigenen Schiffe zur Bewältigung des Verkehrs nicht genügen und sie genöthigt sind, zu Charterungen ihre Zuflucht nehmen. Dazu kommen die sicheren Verdienste aus den Truppentransporten von China nach Deutschland und umgekehrt, endlich ist nicht zu vergessen, daß die Getreideimporte infolge der ungünstigen Ernteausichten in Deutschland ganz beträchtlich zunehmen werden. Das Passagiergeschäft ist sogar vorzüglich. Im Hinblick sowohl auf den bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres als auch auf die sicheren Aussichten auf weiteren lohnenden Verdienst, ist es eine unerhörte Zumuthung, der Arbeiterchaft einreden zu wollen, die Hamburger Rhederei sitze gegenwärtig unter einer Depression.

R. Salwer.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen.

In Folge von Lohnreduktionen sind 180 Arbeiter und Arbeiterinnen der Nähmaschinenfabrik Gebr. Rothmann in Berlin in den Ausstand getreten. — In dem Kupferwerke „Deutschland“ in Ober-Schöneweide-Berlin sind die Drahtzieher seit dem 1. Mai in den Ausstand getreten. — In Pritzwalk befinden sich die Zimmerer im Streik. Die Streikenden bitten ihre Berufskollegen, durch die in den Zeitungen erscheinenden Annoncen sich nicht zur Annahme von Arbeit nach Pritzwalk verleiten zu lassen. — In Striegau sind die Maurer in einen Streik eingetreten, sie fordern 35 Pf. Stundenlohn, während die Meister nur einen Stundenlohn von 32 Pf. zahlen wollen. Außerdem fordern die Streikenden die zehnstündige Arbeitszeit. Am Streik sind 80 bis 90 Maurer beteiligt. — In der Ritterbrauerei in Dortmund ist ein partieller Ausstand ausgebrochen. Etwa 30 Arbeiter haben die Arbeit eingestellt.

Eine Werkstattversammlung hatten die Formier einer Fabrik in Kottbus abgehalten. Die Polizei betrachtete diese Versammlung als eine anmeldspflichtige, das Schöffengericht pflichtete der Polizei bei und verurtheilte die Theilnehmer zu Geldstrafen. Das Landgericht aber sprach die Angeklagten frei und erkannte damit an, daß Werkstattversammlungen in Preußen der Anmeldepflicht nicht unterliegen — was eigentlich etwas ganz Selbstverständliches ist.

Es wär' zu schön gewesen . . .

Verschiedene bürgerliche Blätter verbreiten die Nachricht, die Sager der sozialdemokratischen „Fränkischen Tagespost“ in Nürnberg seien in den Streik getreten, weil ihnen ihr

bisheriger Lohn wegen Aufstellung von Sechsmaschinen gekürzt worden sei. Diese Nachricht beruht auf Schwindel. Vor einiger Zeit haben zwar Differenzen bestanden, die aber mit der Entlohnung nichts zu thun hatten und längst ausgeglichen sind.

Opfer des 1. Mai.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe Magdeburgs sperrte wegen Beteiligungen an der Maifeier 338 Maurer und 315 Bauarbeiter aus; die Zahl der gemäßigten Zimmerer ist noch nicht festgestellt. — In Krakau (Böhmen) wurden 200 Arbeiter, die am 1. Mai feierten, von der Firma Pollak Söhne 8 Tage und 42 Arbeiter von der Tuchfirma Kahl 6 Tage ausgesperrt.

Ein Mißbrand-Vergiftung

starb im Münchener Krankenhaus eine Heimarbeiterin einer Pinselfabrik. Ein drei Monate altes Kind, das die Arme an der Brust nährte und an dem sich verdächtige Symptome zeigten, wurde unter ärztliche Beobachtung gestellt. In Schopfloch, wo die Vereinigten Pinselfabriken Nürnberg eine Fabrik unterhalten, erkrankte eine Arbeiterin ebenfalls an Mißbrandvergiftung, wurde aber durch rasches Eingreifen des Arztes außer Gefahr gebracht. In beiden Fällen erfolgte die Ansteckung durch Ziegenhaare, für die kein Desinfektionszwang besteht. Ärztliche Autoritäten hatten seiner Zeit erklärt, daß Ziegenhaare nicht mit Mißbrandsporen behaftet sein können. Das Gegentheil ist hier erwiesen.

Genosse Bok

ist als stellvertretendes Mitglied des Verwaltungs-Gerichtshofs von dem gothaischen Landtag gegen 2 Stimmen gewählt worden.

Parteipresse.

Genosse Fendrich, der leitende Redakteur des „Karl's ruher Volksfreund“, ist, wie der „Volksfreund“ berichtet, mit dem 1. Mai von seiner Stellung zurückgetreten. Er befindet sich zur Zeit krankheits halber in der Schweiz. Genosse Fendrich, der Mitglied der zweiten badischen Kammer ist, bleibt in Baden und wird auch an den Parteiblättern weiter mitarbeiten.

Der Rechenschaftsbericht des Verbandes der Deutschen Buchdrucker

für das Jahr 1900, welcher vor kurzem erschienen ist, legt bereitetes Zeugniß dafür ab, daß diese Organisation rüstig fortschreitet, zum Nutzen und zur Wohlfahrt ihrer Mitglieder. Der Verband zählte am Schlusse des Jahres 1900 29 587 Mitglieder, was ein Mehr von 2400 gegen den Schluß des Vorjahres bedeutet. An Einnahmen waren zu verzeichnen 1 612 249,27 Mk., darunter an Beiträgen der Mitglieder 1 493 136,80 Mk., Vorausgabte wurden für Reiseunterstützung 156 320,31 Mk., für Arbeitslosenunterstützung 267 136 Mk., für Unterstützung an Angehörige gegenständlicher Verbände und Umzugskosten 27 615 Mark, für Invalidenunterstützung 104 996,25 Mk., für Begräbnisgeld 37 297,15 Mk., für außerordentliche Unterstützungszwecke 565 Mk. Von der Gesundheitschädlichkeit des Buchdruckerberufes giebt die geradezu erschreckend hohe Summe von 508 308,36 Mk., die an Krankengeldzuschuß gezahlt wurden, ein Bild, das unbedingt zum Denken zwingen muß. Vorstehende Zahlen zeigen besser wie alles andere, was eine Organisation zu leisten imstande ist, wenn sie in sich selbst gefestigt, wenn jedes Mitglied sich seiner Pflicht, mitzuwirken an dem Vorwärtstreben und dem Ausbau seines Verbandes, dem er schließlich doch seine wirtschaftlichen Fortschritte in erster Linie verdankt, voll bewußt ist. Welche Summe von Geld und Noth, hervorgerufen durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit, ist, wenn auch nicht ganz verhindert, so doch erheblich gemildert worden durch die Vereinigung der Berufsangehörigen, durch den Verband. Die Gesamtzahl der Tage der Arbeitslosigkeit von Mitgliedern betrug 300 760; Reisetage von bezugsberechtigten Mitgliedern wurden insgesammt 151 578 gezählt; die Zahl der Krankheitsstage beläuft sich auf 382 075! Weiter wurden gewährt an Kosten für Rechtschutz 696,43 Mk. Die Ausgaben für die Verwaltung betrugen 68 770,29 Mk. An sonstigen Ausgaben, darunter an Unterstützung für andere Gewerkschaften direkt aus der Verbandskasse 5800 Mk., sind 35 600,81 Mk.

Der Präsident.

Roman von Karl Emil Franzos.

(26. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Sie sprachen von anderen Dingen, der Ovation, die heute beschlossen worden. „Die Adresse will ich annehmen,“ erklärte Sendlingen, „das Bankett nicht. Es ist mir nicht danach zu Muth.“ Berger widerstand heftig; er müsse es über sich gewinnen, auf eine Stunde zu erscheinen; die Ovation gelte nicht blos seiner Person, sondern auch einer heiligen Sache, der Unabhängigkeit des Richterstandes. Dies entwickelte er mit solchem Feuerifer, daß der Präsident endlich sagte, er wolle sich's überlegen.

Am nächsten Morgen brachten die Wiener Blätter in Privat-Telegrammen aus B. die Nachricht von der Maßregelung Sendlingens. Ein harter Druck lastete damals auf der österreichischen Presse; sie hatte ihr Publikum daran gewöhnen müssen, mehr zwischen als in den Zeilen zu lesen; auch diesmal fand sie eine unverfängliche Form für ihre Kritik. Wie auf Verabredung erklärten sämtliche Blätter die Nachricht für höchst ungläubwürdig; es sei geradezu frevelhaft, der starken aber gerechten Regierung, deren sich Oesterreich nun erfreue, ein solches Vorgehen zuzumuthen. Eine schärfere Verdamnung, als diese Vertbeidigung der Regierung gegen „sichtlich böswillige Gerüchte“ war nicht denkbar, und das Publikum verstand sie genau so, wie sie gemeint war.

Mit einem Schlage war Sendlingens Name in aller Munde, der Arbeiterprozeß das Gespräch des Tages, zuerst in der Residenz, bald im ganzen Lande. Eine Fluth von Telegrammen und Briefen, Anfragen und begeisterten Zustimmungen brach plötzlich über den Präsidenten herein. Wäre in seinem armen Herzen, in seinem müde gequälten Hirn noch Raum für lichtere Empfindungen und Gedanken gewesen, er hätte jetzt, in den Tagen der Ungnade, sein

Haupt stolzer erheben dürfen, als je zuvor. Es war nicht zuviel gesagt, wenn Berger ihm zurief, daß ihm nun ein ganzes Volk beweise, wie sehr es ihn schätze. Er aber achtete kaum darauf und fuhr, verdäktet und hoffnungslos, wie bisher fort, seine Pflicht zu thun und die Sühnpflicht-Arbeit jener Untersuchung im Kampfe gegen Polizei und Staatsanwaltschaft weiter zu schleppen.

Da, plötzlich, hörten jene Hinderungen auf. Als der Präsident eines Morgens, kurz nachdem jene Nachricht seiner Maßregelung in den Zeitungen gestanden, im Bureau erschien, fand er auf seinem Tische, seit Wochen zum ersten Male, keine neue Anzeige der Polizei mehr. Das konnte ein Zufall sein, aber als sie auch am nächsten Tage fehlte, athmete er auf. Der Polizeidirektor von B. war ein eifriger Diener seiner Herren; wenn dieser Mann binnen zweimal vierundzwanzig Stunden auch nicht die geringste Hochverratherei mehr entdeckte, so hatte das sicherlich gute Gründe. Ebenso ließ der Staatsanwalt nichts mehr von sich hören.

„Sie haben angefangen, das allgemeine Unwillen der Bourgeoisie halb und halb verloren!“ rief Berger triumphirend. „Franz sagt mir eben, daß Brigitta schon übermorgen nach Graz reisen soll. Laß sie noch einige Tage hier, erspare es der alten Dame, die Reise nach B. auf dem großen Umwege über Graz machen zu müssen.“

„Das kannst Du nicht im Ernste hoffen,“ wehrte der Präsident ab, und so ging denn Berger später in das Zimmer Brigittas, um Abschied von ihr zu nehmen.

Das alte Fräulein las eben eifrig in einem Buche, welches sie bei seinem Eintritt rasch zur Seite brachte. „Ich habe Sie geküßt,“ sagte Berger. „Was haben Sie eben so eifrig kubirt?“

„Oh, einen Roman,“ erwiderte sie hastig. Sie hatte geröthete Lider, sie mußte in der letzten Zeit viel geweint haben.

„Ich meinte schon, es wäre eine Beschreibung von Graz“,

jagte er scherzend. „Mir scheint, Sie haben rechte Furcht vor dieser unheimlichen Stadt, in welcher das Leben so gewaltig tobt und brandet!“ Und er suchte ihr diese Furcht zu benehmen, indem er ihr viel von den stillen, engen Verhältnissen der Stadt an der Mur erzählte.

Während er so sprach, glitt das Buch, welches sie vorhin auf ihr Nähkästchen gelegt, zur Erde nieder, und er hob es auf, ehe sie sich darnach bücken konnte. Es war eine französische Grammatik. „Was Teufel!“ rief er erstaunt. „Sie nehmen die Studien Ihrer Jugend wieder auf, Fräulein Brigitta?“

Die alte Dame stand wortlos, dunkle Röthe ins Antlitz, als hätte er sie über einem Verbrechen ertappt. „Man hat mir gesagt“, stammelte sie, „daß . . . daß man dort mit dem Deutschen allein schwer durchkommt.“

„In Graz?“ Berger mußte herzlich lachen. „Wer hat sich diesen Scherz mit Ihnen erlaubt? Beruhen Sie sich, mit den Grazer Franzosen werden Sie auch ohne Grammatik fertig.“ Noch immer lachend, drückte er ihr zum Abschied die Hand, versprach, sie in Graz zu besuchen, und ging.

Inzwischen wuchs die Erregung, in welche Presse und Bevölkerung durch die „Affaire Sendlingen“ versetzt worden, von Tag zu Tag. In B. tauchten immer neue Vorschläge auf, die Ovation recht großartig und ungewöhnlich zu gestalten. Es genigte dem Enthusiasmus nicht, daß sich die aufgelegte Adresse mit Tausenden von Unterschriften bedeckte. Im Gemeinderathe wurde der Antrag gestellt, eine Hauptstraße nach dem Gefeierten zu benennen; einige hervorragende Männer der Stadt wollten Beiträge zu einer „Sendlingens-Stiftung“ sammeln, deren Ertrag solchen Beamten zugute kommen sollte, die gleich dem Präsidenten Opfer ihrer Ueberzeugungstreue geworden; die Turnvereine beschloßen einen Fackelzug. Der Obmann des Fest-Komitees — es war der Chef des ersten Bankhauses der Stadt — gerieth in ernsthafte Verlegenheit; er mußte noch immer nicht, welche

verzeichnet. Das Verbandsorgan, der „Correspondent“, welches nicht obligatorisch eingeführt ist, erforderte bei einer Auflage von 22 000 Exemplaren einen Zuschuß von 8791,91 Mark. — Durch die in diesem Jahre ablaufende Tarifgemeinschaft sind die Arbeitsverhältnisse in den meisten Orten geregelt, so daß nur wenige Lohnkämpfe zu verzeichnen sind, und demgemäß die Aufwendungen für dieselben nur gering waren. Eine Bauvorsteherkonferenz in Berlin, welche sich mit der Frage der Tarifrevision beschäftigte, nahm folgende Resolution an, die gewissermaßen als Programm für die Mitglieder anzusehen ist: „In Berücksichtigung der Steigerung der Lebensmittel- und Wohnungspreise und in der weiteren Erwägung, daß 1896 das Hauptgewicht der Tarifrevision auf die Verkürzung der Arbeitszeit gelegt wurde und berechtigter Wünsche auf Lohnerhöhung unberücksichtigt blieben, stellt die Bauvorsteherkonferenz sich auf den Standpunkt, daß bei der nächstjährigen Tarifverhandlung in der Hauptsache Anträge auf Erhöhung des Gehalts bezw. der Grundposition gestellt werden. Es bleibt selbstverständlich Orten mit theuren Lebensverhältnissen überlassen, außerdem noch eine dementsprechende Regelung der Lokalzuschläge zu beantragen. Die Konferenz hält die Erhöhung des Tarifes in der angebotenen Form für notwendig, um die Hebung der Lebenslage aller Kollegen, auch in den kleineren Orten, herbeizuführen.“ Das nächste Jahr, welches sicher für die Buchdrucker viele Kämpfe im Gefolge hat, wird den Verband, welcher zur Zeit über ein Vermögen von 3 092 155,46 Mk. verfügt, für alle Fälle gerüstet finden. Hoffentlich erfüllen sich dann auch die von den Mitgliedern an die Revision des Tarifes geknüpften Erwartungen.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Aus König wird gemeldet: Das Schöffengericht verurtheilte den Synagogendiener Koszel wegen Verleumdung des Fleischermeisters Hoffmann und dessen Tochter Anna zu einem Monat Gefängnis. Koszel hatte geäußert, Hoffmann sei der Mörder Winters, man wolle ihn und seine Tochter einstecken. — Ein riesiger Waldbrand bei heftigem Nordweststurm hat Sonnabend südlich von Sprottau etwa 1000 Morgen meist eingeschlagenes Holz vernichtet. — Einen hochhohen Reich, den der Maurer W. aus Berlin auf einer Reise im Spreewalde vollführte, muß er mit einer empfindlichen Freiheitsstrafe büßen. Er fand in einem Gasthof zu Neu-Sibbenau eine von der Polizei aufgestellte „Säuferliste“ vor, bei deren Durchsicht er einen Namen ausstrich und dafür den Namen und Stand eines achtbaren Mannes, der in Neu-Sibbenau allgemein bekannt war, hinstrich. Er wurde daraufhin wegen öffentlicher Verleumdung angeklagt und vom Schöffengericht zu Weidlich-Buchholz zu 3 Wochen Gefängnis verurtheilt. Die von dem Angeklagten hiergegen eingelegte Berufung ist jetzt von der Strafkammer zu Frankfurt a. L. verworfen worden. — In Braunshweig wurde der Trichinenwurm und in Photographen Ernst Weller, der nach seinem eigenen Geständnis sich in einundzwanzig Fällen gegen Kinder vergangen, von der Strafkammer zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurtheilt. — Die Polizei in Köln verhaftete in einem Hotel ein Mitglied einer Falschmünzbande und beschlagnahmte eine ganze Anzahl Geräthlichkeiten, so Schmelztiegel, Blei und zahlreiche Gypsmodelle zur Verfertigung falschen Geldes. Auf weitere Personen dieser Gesellschaft wird gefahndet. — In Hamm bei Bochum erschlug ein Arbeiter seine Frau. Sein Kind, das die Frau auf dem Arme trug, verletzte er schwer. — Schwere Gewitter am Rhein haben am Donnerstag mehrfach Unglücksfälle im Gefolge gehabt. Oberhalb Remagen wurde auf freiem Felde ein Wanderer vom Blitzstrahl getroffen und rechtsseitig getödtet. Unweit Andernach in der Nähe von Nickenich wurde ein Geschwiffenboot, das mittels Wagen nach der Stadt fuhr, vom Gewitter überrollt und durch zwei aufeinanderfolgende Blitzschläge getroffen; beide starben sofort. — Ein Großfeuer vernichtete in Merl an der Mosel 16 Wohnhäuser, zahlreiche Ställe und Scheunen. — Der frühere Generaldirektor der Fabrik feuerfester und isothermer Produkte in Ballendar am Rhein, Boeing, der in der Generalversammlung vom 22. März jahrelanger Bilanzirungen überführt wurde und gegen dessen hinterlegten Aktienbetrag mehrere Aktienäre dieser Tage die Anstellung beim Land-

gericht Neuwied erwirkten, wurde Sonnabend verhaftet. — Vor den Schranken der Strafkammer in Trier stand der Hüttenbesitzer Kommerzienrath Böcking aus Brebach unter der Anklage der jahrelangen Tödtung. Bei einer am 17. November v. J. stattgefundenen Treibjagd in Hottenbach im Hunsrück hat er durch einen unglücklichen Schuß den Treiber Julius Kottländer getödtet. Das Gericht verurtheilte den Angeklagten zu zwei Wochen Gefängnis. — Ein Dienstmädchen der Prinzessin Luise von Preußen nahm zur Befreiung der Folgen seines Verfehles mit einem Diener der Hofhaltung die Hülfe einer Hebamme in Anspruch und ist in Folge dessen in Wiesbaden im städtischen Krankenhaus gestorben. Obwohl die Affäre sich schon vor Wochen zugetragen hat und alsbald stadtbekannt war, ist die Hebamme Dommermuth doch erst kürzlich verhaftet worden, wie es heißt, in Folge der Anzeige des Geistlichen, dem das Mädchen vor dem Tode ein Geständnis abgelegt hat. — Das Schwurgericht in Bayreuth hat den Tagelöhner Vogel, der den wohlhabenden Bauern Kuhn aus Neudorf bei Pegnitz auf öffentlicher Straße erschoss und beraubte, zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt. Vogel wurde von einem Sachverständigen als geisteskrank, von zwei Sachverständigen als zurechnungsfähig und als ein geriebener Gauner erklärt. Die Verhandlung währte drei Tage. — Das Schöffengericht in München hat einen Bäckermeister zu sieben Wochen, seinen Gesellen zu einer Woche Gefängnis verurtheilt, weil sie von den Brodtreibern, die zu ihnen zum Backen gebracht worden waren, Stücke abgeriffen und in dem Geschäft des Bäckermeisters verwendet hatten. In der Verhandlung behaupteten sie, das sei so üblich. — Als kleiner Sternberg wurde eine ultramontane Größe entlarvt. Der Lehrer Bitus Hartig in Beilugries bei Ingolstadt hatte mit zwei kleinen Mädchen unter 12 Jahren sehr häufig unzüchtige Geschichten getrieben. Sein Pfarrer stellte ihm ein sehr gutes Zeugnis aus, und der erwählte Sünder selbst verurtheilte momentane geistige Erkrankung vorzuschützen. Das Landgericht München II war aber anderer Meinung und verurtheilte ihn zu sieben Monaten Gefängnis. — Aus Amsterdäm wird gemeldet: In Amersfoort wurde der Leutnant Schamfke während der Schießübung eines Bataillons von einer Kugel in den Rücken getroffen und sank todt zu Boden. Es steht noch nicht fest, ob ein Verbrechen oder ein unglücklicher Zufall vorliegt. — Die belgische Hauptstadt wird nunmehr auch einen Sternberg-Prozess bekommen. Die Polizei in Brüssel verhaftete nämlich eine in dem vornehmsten Viertel der Stadt wohnende Wittwe, Mutter dreier unmündiger Kinder, welche, angeklagt aus Noth, unter dem Deckmantel eines Vermittlungsbüreaus junge Mädchen mit Herren der besseren Gesellschaft zusammenbrachte. Infolge Anzeige der Nachbarn wurde das Treiben der Wittwe aufgedeckt, welches in den vornehmen Kreisen Brüssels große Entrüstung hervorrief. — Freitag Nachmittag wurden bei den französischen Manövern in der Nähe von Charac an 8 Soldaten des 46. Regiments durch Bligschlag verwundet. — Freitag Abend wurden nach einer Meldung aus Trones die Eheleute Linari in Ville Venis auf der Straße von einem Gewitter überrollt und vom Blitz getödtet. — Die Bevölkerung der Grafschaft London hat, wie die letzte Volkszählung ergibt, um 308 717 Seelen zugenommen und beträgt jetzt 4 536 034 Seelen. — Eine gewaltige Feuersbrunst hat in Jacksonville Amerika einen großen Theil der Stadt zerstört. Das Feuer brach in einem Hotel aus und wraug in Folge eines heftigen Sturmes auf die katholische Kirche über. Es verbreitete sich alsdann mit einer rapiden Schnelligkeit, so daß die Stadt an 25 Stellen gleichzeitig brannte. Der Leiter der Feuerwehr wurde irrtümlich, als er sah, daß dem Feuer kein Einhalt getan werden konnte. Nur zwei Gebäude, die abseits lagen, blieben verschont. In dem Geschäftsviertel der Stadt sind etwa 20 Acres an bewohnten Grundstücken niedergebrannt; die meisten dieser Gebäude waren aus Holz gebaut. Um das Feuer zu löschen, zersprengte die Feuerwehr verschiedene Grundstücke durch Dynamit. Viele städtische Gebäude sind zerstört. Der Bürgermeister veranschlagt den Schaden auf über 15 Millionen Dollars. 10- bis 15 000 Menschen sind obdachlos, viele Unglücksfälle sind vorgekommen. Sechs Personen sind verbrannt. Das Militär wurde angeworben, um Plünderungen zu verhindern.

Genörte Waifeier. Aus Eiberfeld wird geschrieben: In dem benachbarten Selbst, wo unsere Ge-

nossen an ein schneidendes Auftreten der Polizei, das sehr oft mit den Befehlen nicht im Einklang steht, gewöhnt sind, kam es anlässlich der Waifeier zu einem scharfen Zusammenstoß mit der Polizei, die die Entfernung der Frauen aus der Versammlung forderte. Diesem ungeschicklichen Verhalten gaben unsere Genossen keine Folge, worauf die Auflösung erfolgte. Das hatten unsere Genossen vorausgesehen und gleich drei Versammlungen angemeldet. Und so konnte sofort nach Auflösung der ersten Versammlung die zweite eröffnet werden. Doch auch diese verfiel der Auflösung. Als darauf die dritte Versammlung eröffnet werden sollte, schritt die Polizei zur Verhaftung des Wirthes, weil dieser sein Lokal nicht vollständig schließen wollte. Die Aufregung über diese Gewaltthat war unbeschreiblich und nur der Besonnenheit und Disziplin der Arbeiter ist es zu danken, daß keine ernstern Folgen aus dem Vorgehen der Polizei entstanden. Die Polizei schien schließlich selbst zur Einsicht gekommen zu sein, daß sie ihre Befugnisse überschritten, denn der verhaftete Wirth wurde bald wieder frei gelassen. Selbstverständlich ist es, wenn unsere Genossen diese Angelegenheit bis zur höchsten Instanz durchzusetzen entschlossen sind.

Die gepändete Stadthauptkaffe. Wegen 40 000 Mark wurde Sonnabend die Stadthauptkaffe von Berlin von einem Gerichtsvollzieher besucht. Es geschah dies auf Veranlassung des Oberpräsidenten von Bethmann-Hollweg wegen einer verweigerten Einstellung dieser Summe in den städtischen Etat für Kirchenbauzwecke. Dem Magistrat hätte bei freiwilliger Zahlung des Betrages nur der Zwangsverweigerung offen gestanden, während er jetzt bei der Zwangsvollstreckung den Rechtsweg beschreiten kann.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich der Gastwirth Friedrich Hermann Claus aus Ober-Gerlachshaus vor dem Landgericht Görlitz zu verantworten. Er soll im September vorigen Jahres in seinem Gasthause gelegentlich eines Gespräches über China dem Schneidermeister Neumann gegenüber Aeußerungen gethan haben, die Beleidigungen des deutschen Kaisers enthielten. Der Angeklagte hatte die Beleidigung bestritten und den einzigen Belastungszeugen als unglaubwürdig hingestellt. Das Gericht aber hielt den Zeugen für glaubwürdig und verurtheilte den Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis. — Die Strafkammer in Dentschen (Oberschl.) verurtheilte den angeblichen Anarchisten Antonio Popurelio aus Curido, Provinz Durin, wegen Majestätsbeleidigung, gegen einige Tage vor der Ankunft des Kaisers in Radsionkau, zu drei Monaten Gefängnis.

Von der Militärjustiz. Das Kriegsgericht der 27. Division in Ulm hatte sich am Mittwoch voriger Woche mit einer Soldatenmißhandlung zu befassen. Der Unteroffizier Unger aus Wittenstein (D.-M. Grafsheim) vom Grenadier-Regiment Nr. 127 hatte am 19. März den Grenadier Weber, der am Abend die Stiefel nach Ansicht des Unteroffiziers nicht rechtzeitig gepußt und vorgezeigt hatte, durch Faustschläge gegen das Kinn mißhandelt, ihn gegen die Bettlade gedrückt und gewürgt. Weber ist ein fleißiger, ordnungsliebender Soldat, der nur etwas langsam ist und daher etwas Geduld erfordert. Die Anklage beantragte unter Hinweis auf die in letzter Zeit sich in bedauerlicher Weise mehrenden Soldatenmißhandlungen fünf Wochen Mittelarrest. Das Gericht erkannte auf sechs Wochen Mittelarrest, besonders auch mit Rücksicht darauf, daß erst wenige Tage vorher den Unteroffizieren des Regiments eingeschärft worden war, die Mannschaften gut zu behandeln.

Auch ein Bonfott! Der „Nat.-Ztg.“ wird berichtet: Der Direktor des katholischen Konvikts Breslau verbot den Theologie-Studirenden den weiteren Besuch der Vorlesungen des Professors Richard Muther „Ueber die Kunst des Mittelalters.“ — Was mag der Mann verbrochen haben?

Das letzte Dreimarkstück. Als Herr v. Miquel am Freitag nach Beendigung der Sitzung des vereinigten Landtages das Parlamentshaus in der Prinz Albrechtstraße verließ, trat er, wie das „Berl. Tagbl.“ erzählt haben will, mit ernstem Blick an den Portier des Hauses heran und überreichte ihm ein Dreimarkstück mit den Worten: „Das letzte Mark!“

hablungen sich der Präsident eigentlich werden gefallen lassen, und erjuchte Berger um seine Vermittlung.

„Reiten Sie mich!“ bat der lebhafteste Mann. „Die Leute drängen, der Präsident schwächt. Gehen Sie mit mir schon eine zutimmende Antwort zu erhalten, aber er brach wieder ab und sprach von anderen Geschäften.“

„Von welchen Geschäften?“ fragte der Anwalt. „Ich habe jetzt eine ziemlich verwickelte Operation für ihn durch“, erwiderte der Bankier. „Ich glaube, Sie, mein lieber Freund, wissen schon davon. Er hat die österreichischen Staatspapiere, in denen sein Vermögen bis jetzt angelegt war, verkauft und sich dafür französische, englische und holländische Werthe angeschafft. einen kleinen Theil auch in Gold kauft gemacht.“

„Warum?“ fragte Berger bekümmert. „Er bleibt ja in Leipzig.“

„Auch ich frage es“, erwiderte der Bankier, „erzählt jedoch eine Antwort, die ich wohl oder übel als höchstwahrscheinlich gelten lassen mußte. Denn schließlich ist es dieser Mann nicht zu verhehlen, wenn nach seinen Erfahrungen sein Vermögen in den Staatspapieren ein wenig schwanken geworben ist.“

Dies mußte auch Berger zugestehen und beschränkte darauf in seiner Unterredung mit Sendlingen diesen Punkt nicht. Bezüglich der Devisen erhielt er eine befriedigende Antwort. Sendlingen acceptierte ohne weiteres Jögern das Bankett, ja sogar den Festschlag. Beide sollten am 21. Februar stattfinden, alle in sachlicher Sinne des Wortes bei höchstlicher Uebung.

Auch dies wurde sofort nach Wien telegraphisch und von den Blättern weithin ausgenutzt. Selbst in B. glaube man endlich an die Nützlichkeit dieser Anträge, jeden Devisenrichter für bevorstehenden Gerichte; wie lange wolle die Regierung noch mit dem Devisen jagen? So einmüthig war diese Forderung, so groß die Erregung, daß man hierin in der That eine Reichthumsfrage erachtete. Die Regierung selber ein mögliches Bild, habe kürzlich Gungel auf die Forderung der Arbeiter-Bundespartei gemacht; es erhalte dies schon bekannt, daß nach dem gegenwärtigen

Stande der Untersuchung deren baldige Einstellung zweifellos sei. Bezüglich der Stellung Sendlingens aber liege ein „Mißverständniß“ vor.

Wie es sich bei ähnlichen Tragispielen aus gleicher Quelle, fragte auch diesmal alle Welt, was dies eigentlich heißen sollte. Berger glaubte das Räthsel zu treffen, wenn er dem Freunde zurief: „Durrak! man haben sie die Courage gänzlich verloren! Sie zaudern nur noch, um nicht eingesehen zu müssen, daß die öffentliche Meinung einen Druck auf sie geübt!“

Der Präsident zuckte die Achseln. „Mir ist es gleichgültig, Georg“, sagte er.

„Jetzt!“ — das begriffe ich!“ erwiderte dieser eifrig. „In einigen Monaten wirst Du anders sprechen! Wann reitest Du nach Wien?“

Der Präsident dachte nach. „Wohl am Siebzehnten“, erwiderte er endlich ägernd. „Das heißt wenn wir, Derragg und ich, die Arbeiter wirklich am Sechzehnten entlassen können, wie wir hoffen.“

Diese Hoffnung erfüllte sich; am 16. Februar 1852 konnten die Arbeiter das Gefängnis verlassen. Ihr erster Gang galt dem Präsidenten; im Namen Aller hielt Johannes Koppke eine Dankrede an ihn, deren Schluß lautete:

„Wohl wissen wir, was wir für Dich wünschen sollen, zum Dank dafür, was Du an uns gethan: Glück und ein frohliches Herz Dir und Allen, die Du lieb hast! Aber das kleine Wünschchen müßt ja nichts, und etwas dazu thun können wir nicht, obwohl Jeder von uns gern sein Blut für Dich hingäbe, und mit dem Beten, Gnädigster, ist es ja auch eine eigene Sache — Du erinnerst Dich vielleicht noch, was ich Dir darüber gesagt habe. Und so können wir Dich nur bitten: Denk an uns, wenn Dein Gemüth bedrückt ist, und es wird Dir gewiß leichter werden! Du wirst Dir sagen: ich habe diese Leute aus ihrem Unglück emporgehoben und ihre Last gemildert, so viel ich konnte — und wirst wieder erwachen. Denn ich glaube, dies ist der beste Trost, der ein Mensch auf dieser armen Erde haben kann. Sei Dir! Denn Du bist edel und gut, und was Du thust,

ist wohlgethan, und nie können Dir Sündigkeit und Schlechtigkeit nahen. . . Tausend Dank, Gnädigster, leb' wohl!“

„Lebt wohl!“ murmelte der Präsident mit halbersticker Stimme und wandte sich ab.

Am nächsten Tage, den 17. Februar, sollte Sendlingen mit dem Morgenzuge nach Wien abreisen; so hatte er es dem Anwalt noch am Abend vorher fest zugesagt. Darum erschraf dieser tief, als er im Laufe des Vormittags durch einen Zufall erfuhr, daß Sendlingen in seinem Bureau sei.

Er eilte zu ihm. „Warum hast Du es abermals aufgehoben?“ rief er ungeschäm.

Der Präsident war bleich geworden. „Ich habe es doch nicht über mich vermocht!“ erwiderte er leise.

„Und Du weißt, was auf dem Spiele steht!“ rief der Anwalt in höchster Erregung und wachte sich den kalten Schweiß von seiner Stirne. „Victor, das ist Feigheit!“

„Das ist es nicht, erwiderte dieser ebenso leise, wie vorher, aber mit größter Entschiedenheit. „Wäre ich feig, ich hätte die Audienz längst genommen.“

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Der Neue Brochhaus. Das liegt er nun vor uns, der erste Band dieser Neuen revidirten Ausgabe, modernisiert in seinem silbernen grün und schwarzen Einband, umfangreicher als früher und voller neuer Daten und Artikel. Unwichtiges und Veraltetes ist entfernt, Neues in bewundernswerther Weise in jedem Artikel berücksichtigt. Bei den Städten finden wir die Volkszählung von 1900, soweit sie feststeht, in der politischen Geschichte Daten bis zum März 1901, selbst in den Artikeln der alten Geschichte Veränderungen auf Grund der neuesten wissenschaftlichen Forschungen. Die Idee des Conversations-Lexikons ist dieselbe geblieben seit 105 Jahren, als die erste Auflage des Brochhaus erschien. Aber aus dem früheren „Archiv für alte Geschichte“ ist heute ein praktischer Rathgeber für jedermann geworden, auch für den nervösesten Modernen!